



# Österreichische Jugendkonferenz 2025

# FORDERUNGEN



LAND  
OBERÖSTERREICH



Kofinanziert von der  
Europäischen Union



Bundeskanzleramt



# Einleitung

Bei der Jugendkonferenz 2025 setzten sich von 11. bis 13. Juni 2025 rund 60 junge Menschen aus ganz Österreich und Südtirol mit dem Youth Goal #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ auseinander.

Die Teilnehmer\*innen bearbeiteten Fragen rund um die EU und entwickelten Ideen und Forderungen. Diese wurden am letzten Tag der Konferenz mit Politiker\*innen und Vertreter\*innen der Verwaltung diskutiert.

In diesem Dokument finden sich alle erarbeiteten Ideen und Forderungen der Teilnehmenden.



## Die Forderungen im Überblick

### VERTRAUEN IN DIE EU

- Die EU muss für junge Menschen verständlicher werden.
- Es braucht mehr junge Perspektiven in politischen Entscheidungsprozessen.
- Die EU muss für alle jungen Menschen erlebbar werden.
- Die Werte der EU müssen stärker gelebt werden.

### ZUSAMMENLEBEN IN DER EU

- Demokratiekompetenzen müssen gestärkt werden.
- Es braucht eine konstruktive Gesprächskultur und Vorbildwirkung.
- Der Dialog zwischen den Generationen muss gefördert werden.
- Soziale Medien müssen reguliert und Medienkompetenzen gestärkt werden.

# Vertrauen in die EU

Ein zentrales Thema der Jugendkonferenz war die Stärkung des Vertrauens junger Menschen in die Europäische Union und ihre Institutionen. Die Teilnehmer\*innen setzten sich damit auseinander, wie junge Menschen besser nachvollziehen können, wie Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden. Ebenso diskutierten sie, wie Informationen über die vielfältigen Angebote und Möglichkeiten der EU gezielter an Jugendliche vermittelt werden können.

Um das Vertrauen junger Menschen in die EU zu stärken, muss an mehreren Stellen angesetzt werden:

- a) Die EU muss für junge Menschen verständlicher werden.
- b) Es braucht mehr junge Perspektiven in politischen Entscheidungsprozessen.
- c) Die EU muss für alle jungen Menschen erlebbar werden.
- d) Die Werte der EU müssen stärker gelebt werden.

## a) Die EU muss für junge Menschen verständlicher werden

Die EU und ihre Entscheidungsprozesse sind für junge Menschen oft nicht nachvollziehbar. Wenn Informationen über die EU und ihre Entscheidungsprozesse zu kompliziert sind oder junge Menschen nicht erreichen, löst das bei vielen das Gefühl aus, dass die Entscheidungen intransparent sind. Daher wünschen sie sich mehr zielgruppengerechte Informationen über die EU, deren aktuelle Themen und Entscheidungsprozesse. Hier kann aus Sicht der Teilnehmer\*innen an verschiedenen Stellen angesetzt werden.

### **Mehr jugendfreundliche Einblicke in die Arbeit der EU**

Alle Akteur\*innen der EU – insbesondere aber die einzelnen Institutionen und Politiker\*innen – müssen mehr jugendfreundliche Einblicke in die EU und ihre Entscheidungsprozesse bieten. Dafür sollen auch Soziale Medien stärker genutzt werden. Aber auch wenn in den Medien über die EU berichtet wird, sollten verständliche Begrifflichkeiten verwendet und der Lebensweltbezug der Entscheidungen klar vermittelt werden.

Konkret fordern die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz:

## EU-Ebene

- mehr Informationen dazu, wie aktuelle Prozesse ablaufen (für ein besseres Verständnis auch mit grafischen Darstellungen)
- Entscheidungsprozesse so darstellen, dass junge Menschen verstehen, worum es geht und was sich konkret ändern soll, sowie näher auf Auswirkungen der Entscheidung für junge Menschen eingehen
- Vorteile und Benefits der EU (und neu beschlossenen EU-Gesetzen) für Bevölkerung stärker in den Vordergrund rücken und besser kommunizieren
- Social Media intensiver nutzen, um Entscheidungen und aktuelle Prozesse kurz darzustellen, sodass mehr junge Menschen erreicht werden können (z. B. Info-Posts auf Instagram, kurze TikTok-Videos). Dies vereinfacht manche Informationen jedoch sehr, daher wird gefordert, dass umfassendere Informationsquellen verlinkt werden.
- mehr Kommunikation der EU-Institutionen auf Social Media mit einerseits auf junge Menschen zugeschnittenen Inhalten über die Institutionen und andererseits aktuelle Debatten sowie Entscheidungsprozesse – frei von parteipolitischer Färbung
- Informationen über die EU auch in einfacher Sprache und niederschweligen Formaten (z. B. Videos)
- EU-Institutionen sollten besser erkennbar und unterscheidbar sein
- persönliche Einblicke in den Arbeitsalltag von Politiker\*innen und Abgeordneten (z. B. Alltag von einem/einer Abgeordneten im Europäischen Parlament)

## Österreichische Ebene

- Europastunde im ORF (z. B. auf Ö1, FM4 und/oder ORF 1): jede Woche eine Stunde über die aktuellen Vorgänge, Themen und Entscheidungsprozesse der EU mit dem Ziel, dass (junge) Menschen besser verstehen, was diskutiert wird und welche Auswirkungen die Entscheidungen auf sie haben
- „Erlebnis-Europa“ als Wanderausstellung, sodass viele junge Menschen in ganz Österreich auf spielerische und unterhaltsame Weise die EU kennen lernen können

## Die EU lebensnah in Schulen und anderen Bildungsinstitutionen behandeln

Die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz wünschen sich, dass die EU zu einem zentralen Thema wird, das laufend und umfassend in der Schule und allen anderen Bildungsinstitutionen behandelt wird. Um dies sicherzustellen, fordern sie:

### Österreichische Ebene

- Politische Bildung als eigenes Unterrichtsfach ab der Unterstufe in allen Schultypen: In diesem Fach sollte das Thema EU umfassend behandelt werden, indem auch Beteiligungsmöglichkeiten, weitere EU-Angebote und Informationsquellen aufgezeigt werden. Es sollen auch aktuelle Themen aufgegriffen und vermittelt werden, wie man sich kritisch mit Themen auseinandersetzt. Der Unterricht sollte lebensnah und interaktiv gestaltet sein und sich non-formalen Methoden bedienen.
- mehr Möglichkeiten, die EU kennenzulernen, z. B. Reisen nach Brüssel oder Straßburg. Eine Idee ist eine verpflichtende EU-Reise in der Schule.
- eine verpflichtende, jährliche „European Week“ in allen Bildungsinstitutionen, inklusiver einer EU-Simulation
- Dialogveranstaltungen mit Politiker\*innen verschiedener Parteien in Schulen
- EU-Botschafter\*innen in jeder Bildungsinstitution mit dem Ziel, den Wissenstand über die EU und deren Angebote zu erhöhen
- kreative Ansätze, z. B. Zeichenwettbewerbe oder Theaterstücke, fördern, welche die EU thematisieren und gemeinsam mit jungen Menschen gestaltet werden
- mehr Politische Bildung auch außerhalb der Schule, beispielweise in Jugendorganisationen

### b) Es braucht mehr junge Perspektiven in Entscheidungsprozessen

Die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz haben aktuell nicht das Gefühl, dass junge Menschen selbst ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden sowie ihre Anliegen und Bedürfnisse ernst genommen werden. Das betrifft alle politischen Ebenen. Junge Menschen wünschen sich auf der einen Seite mehr qualitativ hochwertige Beteiligungsmöglichkeiten und auf der anderen Seite eine verstärkte Repräsentation in Entscheidungsgremien.

Konkret fordern die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz:

## Auf allen Ebenen

- mehr Verständnis von Politiker\*innen für junge Menschen und ihre Anliegen
- junge Menschen stärker als Expert\*innen für ihre Bedürfnisse wahrnehmen
- Themen und Anliegen junger Menschen ernst nehmen und z. B. Gesetze auf Nachhaltigkeit sowie Langfristigkeit überprüfen
- mehr Möglichkeiten, sich mit Politiker\*innen auszutauschen, z. B. in Dialogformaten (sollten offen und zugänglich für alle jungen Menschen sein)
- verpflichtende Einbindung junger Menschen in Entscheidungsprozesse durch qualitativ hochwertige Beteiligungsformate und Dialogplattformen
- eine zentrale Informationsquelle über Beteiligungsformate, damit diese die Zielgruppe auch erreichen
- Follow-Up zu Ergebnissen von Beteiligungsprozessen von Politiker\*innen mit Informationen dazu, welche Ergebnisse vorangetrieben/umgesetzt werden
- eine Quote für junge Menschen im EU-Parlament, in den beiden Kammern des nationalen Parlaments sowie den Landtagen, um sicherzustellen, dass junge Menschen stärker in Entscheidungsgremien repräsentiert sind
- mehr finanzielle Mittel für Jugendrepräsentation in politischen Entscheidungsgremien und in internationalen Organisationen
- junge Menschen innerhalb von Parteien fördern, ihnen einen Platz am Tisch geben und zutrauen, wichtige Positionen auf Parteiebene zu übernehmen

## EU-Ebene

- Dialogformate mit EU-Politiker\*innen sollten für Menschen aller Altersgruppen organisiert werden.
- EU-Politiker\*innen in die Regionen bringen: EU-Abgeordnete sollen verpflichtend eine gewisse Zeit in „ihren“ Regionen verbringen, um die Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen besser zu erfassen.
- Kampagnen zum Thema EU sollten alltagsorientierter und einfacher sein.
- Erfolge und positive Ergebnisse der EU besser und einfacher kommunizieren

## Österreichische Ebene

- junge Menschen öfter zu aktuellen Themen befragen (z. B. in Schulen), um dadurch das politische Interesse zu steigern
- verpflichtende Jugendbeiräte in Gemeinden und Bezirken
- Schaffung von repräsentativen Beratungsgremien zu aktuellen Themen (ähnlich dem Klimarat) mit Verbindlichkeiten zur Weiterarbeit mit den Ergebnissen
- Die Bundesjugendvertretung in ihrer Rolle als Interessenvertretung junger Menschen stärken, finanziell absichern und noch stärker in Entscheidungen, die junge Menschen betreffen, einbinden

## c) Die EU muss für alle jungen Menschen erlebbar werden

Die EU bietet viele Angebote für junge Menschen – die Teilnehmenden hoben einige dieser positiv hervor. Die meisten Möglichkeiten der EU für junge Menschen sind ihnen allerdings nicht bekannt. Folglich braucht es eine bessere und übersichtliche Kommunikation dieser Angebote. Die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz fordern daher:

### EU-Ebene

- Angebote klar und übersichtlich darstellen – z. B. auf einer All-in-One Plattform oder App, auf der alle Angebote der EU für junge Menschen zu finden sind. Auf dieser sollten auch niederschwellige Informationen zu den EU-Institutionen verfügbar sein sowie faktenbasierte Informationen rund um aktuelle Entscheidungsprozesse.
- bei allen Angeboten der EU für junge Menschen darauf achten, dass die Anträge nicht sehr komplex und bürokratisch sind. Für komplexere Antragsverfahren Unterstützungspersonen in Österreich zur Verfügung stellen
- Junge Menschen, die an EU-Programmen (Discover EU, Erasmus+, ESK, Jugenddialog etc.) teilgenommen haben, stärker vor den Vorhang holen, damit andere sich die Programme besser vorstellen können.

## Österreichische Ebene

- Informationen über die vielfältigen Angebote der EU für junge Menschen in Österreich (z. B. Möglichkeiten im Rahmen des ESK) besser an die Zielgruppe kommunizieren. Dafür könnte eine Plattform eingerichtet werden, die Interessierte und Projektträger\*innen zusammenführt (Übersicht aller freien Plätze in Erasmus+/ESK-Projekten) und Junge noch stärker in Entscheidungen, die sie betreffen, einbinden

## d) Die Werte der EU müssen stärker gelebt werden

Unter den Teilnehmenden gab es sehr große Zustimmung für die Werte der EU. Nachdem sie sich mit den allgemeinen Definitionen der einzelnen Werte auseinandergesetzt haben, diskutierten sie, was die Werte für sie bedeuten, wo diese im Alltag spürbar sind, und wo sie ihnen fehlen. Ein Ergebnis der Diskussion ist, dass alle sechs Werte sehr nah miteinander in Verbindung stehen und diese sehr stark voneinander abhängen bzw. sich gegenseitig bedingen. Die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz fordern aber, dass die Werte noch stärker im Alltag gelebt werden. Insbesondere betonten sie Folgendes:

### Auf allen Ebenen

- Gelebte Menschenrechte bedeuten, dass alle Menschen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen haben, z. B. Trinkwasser als Grundrecht.
- Einhaltung der Menschenrechte für alle sicherstellen, insbesondere für spezifische Gruppen (z. B. Frauen, Menschen mit Behinderungen, Kinder etc.)
- besserer Schutz vor Rassismus und Diskriminierung
- Barrierefreiheit muss endlich Realität werden.

### EU-Ebene

- Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit – z. B. Sanktionen bei Verstößen
- stärkere Sanktionen gegen EU-Länder, die EU-Werte missachten
- Sicherstellung der Menschenrechte in einem gemeinsamen Asylsystem

# Zusammenleben in der EU

Im Rahmen der Jugendkonferenz setzten sich die Teilnehmer\*innen damit auseinander, wie ein gutes Zusammenleben aller Menschen in der EU gelingen kann. Dabei ging es unter anderem darum, wie respektvolle, konstruktive Gespräche auch bei sensiblen Themen zwischen Menschen unterschiedlicher Meinungen gefördert werden können. Die Jugendlichen diskutierten, welche konkreten Maßnahmen Einzelpersonen, Gemeinschaften, Regierungen und die EU ergreifen können, um gesellschaftliche Gräben zu überbrücken und Polarisierung entgegenzuwirken. Zudem stand die Frage im Mittelpunkt, wie die EU sicherstellen kann, dass bei politischen Entscheidungen die Bedürfnisse, Rechte und Perspektiven aller Generationen berücksichtigt werden.

Die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz setzten sich intensiv damit auseinander, was es braucht, um Polarisierung in der Gesellschaft zu verringern und ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen. Für ein gutes Zusammenleben identifizierten sie folgende Bereiche:

- a) Demokratiekompetenzen müssen gestärkt werden.
- b) Es braucht eine konstruktive Gesprächskultur und Vorbildwirkung.
- c) Der Dialog zwischen den Generationen muss gefördert werden.
- d) Soziale Medien müssen reguliert und Medienkompetenzen gestärkt werden.

## a) Demokratiekompetenzen müssen gestärkt werden

Die Teilnehmer\*innen fordern, dass Demokratiekompetenzen bereits ab dem Kindergarten gefördert sowie alle Bildungsinstitutionen als Lernräume für Demokratie etabliert werden. Vertrauen in die Demokratie sehen sie als Voraussetzung dafür, mehr Vertrauen in die Prozesse der EU zu entwickeln.

### Österreichische Ebene

- Gelebte Demokratie muss eine Selbstverständlichkeit werden. Dafür braucht es sowohl Wissen als auch Lernorte für Demokratie. Demokratiebildung muss bereits ab dem Kindergarten in allen Bildungsinstitutionen verankert und zudem müssen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten geschaffen werden.

- Verankerung von Politischer Bildung als eigenes Schulfach in allen Schultypen
- Soziale Kompetenzen an Bildungsinstitutionen im Rahmen des Unterrichts vermitteln
- Die offene und verbandliche Jugendarbeit muss gestärkt werden, denn sie trägt aktiv zum Austausch zwischen jungen Menschen und zu einer positiven Gesprächskultur bei.
- Auch Social Media soll genutzt werden, um Demokratiekompetenzen zu vermitteln.

## b) Es braucht eine konstruktive Gesprächskultur und Vorbildwirkung

Für eine gelebte Demokratie braucht es eine konstruktive Gesprächskultur, die die Teilnehmer\*innen aktuell gerade im politischen Umfeld oft vermissen. Politiker\*innen müssen aus Sicht der Jugendlichen eine Vorbildwirkung einnehmen. Konkret fordern die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz:

### Auf allen Ebenen

- Politiker\*innen sollen bei Diskussionen in Gemeinderäten, Ministerien, öffentlichen Debatten etc. auf eine konstruktive Gesprächskultur achten.
- Politiker\*innen sollen verständlich kommunizieren, Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt stellen und mehr Empathie für die Lebensrealitäten unterschiedlicher Menschen sowie Gruppen zeigen.
- Auch in ihrem Handeln und Verhalten müssen Politiker\*innen auf allen Ebenen als Vorbilder vorangehen.
- Fehler und Probleme sollen als Lernmöglichkeit erachtet und dies auch öffentlich so vermittelt werden.
- Parteipolitisches Denken darf nicht immer im Vordergrund stehen.
- In der Politik sollen Gemeinsamkeiten vor Unterschieden stehen und Kompromisse erarbeitet werden.
- Quellen- und Faktenchecks müssen auch bei politischen Diskussionen stattfinden.
- Politiker\*innen müssen sich vor ihrer Ernennung (z. B. für Minister\*innenposten, Kommissionsmitglieder, Kommissionspräsident\*in) einer Eignungsprüfung hinsichtlich ihrer Expertise und Qualifikationen unterziehen.

## Österreichische Ebene

- Bereits in der Schule soll konstruktives Debattieren und wertschätzende Kommunikation geübt und gelernt werden. Dies könnte z. B. ins Unterrichtsfach Deutsch integriert sowie als separates Freifach angeboten werden.
- Etablierung des Fachs „KoKoKo“ = Kooperation, Kommunikation, Konfliktlösung in der pädagogischen Ausbildung.
- Auch in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sollte Spaß am Diskutieren gefördert werden.
- Durch einfache Sprache bei Behörden und in Medien oder Bildungsprogrammen soll ein barrierefreier und niederschwelliger Zugang zu Informationen für alle ermöglicht werden

## c) Der Dialog zwischen den Generationen muss gefördert werden

Die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz finden, dass die Perspektiven junger Menschen in Entscheidungen zu wenig Gehör finden. Sie erkennen wertschätzend an, dass ältere Politiker\*innen mehr Erfahrung mitbringen. Allerdings schaffen es diese aktuell nicht, die Anliegen junger Menschen adäquat zu berücksichtigen. Daher fordern sie mehr Dialog zwischen den Generationen – im Speziellen zwischen jungen Menschen und Politiker\*innen. Auf der anderen Seite braucht es aus ihrer Sicht aber auch mehr junge Politiker\*innen.

Konkret fordern die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz:

### Auf allen Ebenen

- Der Dialog zwischen den Generationen auf allen Ebenen fördern und niederschwellige Räume dafür schaffen (z. B. durch generationenübergreifende soziale Einrichtungen, Generationentreffs oder Zukunftsdialoge).

## EU-Ebene

- Dialog zwischen Generationen auch über Grenzen hinweg ermöglichen, z. B. durch ein spezifisches EU-Förderprogramm
- neutrales, analoges Informationsmaterial speziell für ältere Menschen vor EU-Wahlen
- mehr direkte Gespräche zwischen EU-Mitarbeiter\*innen/-Politiker\*innen und der Gesellschaft ermöglichen, z. B. über Bürger\*innensprechstunden, digitale Plattformen oder EU-weite Dialogformate und partizipative Prozesse
- bei Konferenzen auf EU-Ebene immer auf eine diverse Zusammensetzung hinsichtlich Alter, Erfahrung, Herkunft etc. achten
- Über EU-Programme wie Erasmus+ sollen mehr Austausch- und Dialogformate, auch zwischen Generationen gefördert werden.
- Alle Dialogformate müssen inklusiv und auf Augenhöhe gestaltet sein.

## Österreichische Ebene

- stärkerer Austausch zwischen den Interessenvertretungen verschiedener Generationen mit Dialogmöglichkeiten
- Pensionssystem dahingehend reformieren, dass kein Generationenkonflikt entsteht
- junge Menschen frühzeitig auf Altersvorsorge aufmerksam machen
- moderierte Diskussionen auf Gemeindeebene mit diversen Zusammensetzungen und gemeinsamen Gesprächsregeln etablieren. Dabei könnten auch alternative Settings genutzt werden, z. B. Spielabende, Stammtische oder eine Kaffeehausrunde.
- Politiker\*innen sollen direkt ansprechbar sein, z.B. durch Sprechstunden, Schulbesuche oder über Soziale Medien.
- Den Dialog zwischen Politiker\*innen und Bürger\*innen könnte man z. B. durch ein entsprechendes regelmäßiges TV-Format stärken.
- Einberufung von Bürger\*innenräten bei diversen Fragen
- Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Politik und Expert\*innen

## d) Soziale Medien müssen reguliert und Medienkompetenzen gestärkt werden

Eine zentrale Rolle für ein gutes Zusammenleben spielen für die Teilnehmenden Medien. Gefordert wird die stärkere Regulierung von Social Media hinsichtlich Algorithmen, Hassnachrichten und Fake News. Parteien und Medien sollen zu Faktenchecks verpflichtet werden. Medienkompetenz muss in allen Altersgruppen gefördert werden. Konkret fordern die Teilnehmer\*innen der Jugendkonferenz:

### EU-Ebene

- Social-Media-Algorithmen regulieren, um Filter-Bubbles vorzubeugen
- stärkere Regulierung von Social Media, v. a. hinsichtlich Hassnachrichten, ohne die Meinungsfreiheit zu sehr einzuschränken
- Fake News in Medien – insbesondere auf Social Media – bekämpfen, z. B. durch eine Quellenpflicht für alle Medien
- Politische Institutionen müssen zur Angabe von Quellen für Behauptungen auf Social Media verpflichtet werden.
- Entwicklung einer EU-geförderten Plattform, über die Fakten seriös gecheckt werden können
- Plattformen schaffen und fördern, die auf Vorurteile und Blindspots von Medien eingehen, diese vergleichen und transparent aufzeigen
- Anerkennen, dass Social Media Polarisierung befeuert und Bewusstsein dafür schaffen

### Österreichische Ebene

- Einführung einer Klarnamenpflicht auf Social Media mit Schutzmaßnahmen für Personen, die sich dadurch exponieren (z. B. Aktivist\*innen)
- Stärkung der unbeeinflussten und neutralen Medienarbeit in Österreich
- Informationen gut und verständlich aufbereiten, damit eine unabhängige Meinungsbildung möglich ist
- kein allgemeines Handyverbot, sondern Vermittlung, wie man Handys gut nutzt – nicht nur für junge Menschen, sondern auch für Eltern und Ältere